

M 4.6 Auflösung der Rushhour

Die steigende Kinderlosigkeit als Folge einer größeren Optionsvielfalt im Lebensverlauf junger Erwachsener, die geringere Heiratsneigung, mitverursacht durch eine sehr lange ökonomische Abhängigkeit insbesondere hoch qualifizierter junger Erwachsener und unterschiedliche Vorstellungen von Lebensstilen bei Frauen und Müttern können im Rahmen einer nachhaltigen Familienpolitik nur begrenzt beeinflusst werden, weil sich der Staat in einer demokratischen Gesellschaft gegenüber den persönlichen Lebensentwürfen seiner Bürger neutral zu verhalten hat. Aber auch wenn man akzeptiert, dass viele dieser Phänomene Ausdruck tief greifender Veränderungen einer Gesellschaft sind, die sich von einer Industriegesellschaft in eine Wissensgesellschaft verändert, darf nicht übersehen werden, dass der Staat selbst die Lebensentscheidungen seiner Bürger massiv beeinflusst. Denn auch in einer demokratischen Gesellschaft legt der Staat fest, wie lange die Ausbildungszeiten bis zur beruflichen Selbstständigkeit dauern, er bestimmt das Qualifikationsniveau für viele Berufe und definiert die notwendige Dauer der Berufszeit bis zum Renteneintritt. Selbst in den privaten Bereich der Familie greift er regulierend ein, indem er beispielsweise die Dauer von Erziehungszeiten oder den Rückkehranspruch in eine bestimmte Berufsposition nach der Erziehungszeit garantiert. Durch die Vormittagsschule definiert der Staat die zeitliche Verantwortung der Eltern für ihre Kinder, wie er durch das Schuleintrittsalter die Struktur des familiären Lebens zeitlich beeinflusst.

Diese Eingriffe in die private Lebensführung und in die privaten Lebensentscheidungen, die der Staat vornimmt, werden in der Regel als gegeben hingenommen. Es wird kaum darüber nachgedacht, ob die Entscheidungen über die zeitliche Strukturierung der Lebensverläufe durch den Staat immer sinnvoll sind. Die Ausdehnung der Bildungszeit ist unter einer ökonomischen Perspektive richtig, weil dadurch die Basis für die sich entwickelnde Wissensgesellschaft geschaffen worden ist. In Bezug auf die Entwicklung familiärer Lebensformen und die Entscheidung zum Kind sind jedoch nicht intendierte Nebeneffekte entstanden. Denn die Mehrheit der Bevölkerung in den 60er und frühen 70er Jahren hatte spätestens mit dem 21. bis 23. Lebensjahr ihre ökonomische Selbstständigkeit erreicht und damit auch die Möglichkeit, eine eigene Zukunftsplanung unabhängig von den Eltern zu entwickeln. Heute ist das für etwa 40 Prozent eines Altersjahrgangs nicht mehr möglich, da diese 40 Prozent ihre ökonomische Selbstständigkeit erst nach dem 26. bis 28. Lebensjahr erreichen – mit der Konsequenz, dass für den Aufbau einer stabilen zukunftsorientierten Partnerschaft und Familie mit eigenen Kindern allenfalls noch fünf bis sieben Jahre zur Verfügung stehen bei gleichzeitiger Notwendigkeit, sich auch ökonomisch und beruflich zu etablieren. Bittman spricht daher ganz zu Recht von einer „Rushhour“, die im Lebensverlauf junger Erwachsener neu entstanden ist, und dies paradoxerweise zu einem Zeitpunkt, in dem sich gleichzeitig die Lebenserwartung dieser junge Leute um fünf bis zehn Jahre verlängert hat.

Diese Rushhour ist keine von den jungen Erwachsenen selbst gewählte Form der Lebensführung, sondern Ergeb-

nis unkoordinierten staatlichen Handelns, das bei der Expansion der Zeit für Bildung nicht die Bedeutung der dadurch zunehmenden ökonomischen Ab-

hängigkeit der jungen Erwachsenen von ihren Eltern in ihren Konsequenzen für Partnerschaft und Familiengründung

reflektiert hat. Die zunehmende Optionsvielfalt der jungen Erwachsenen mit hoch qualifizierter Ausbildung wird eine demokratische Gesellschaft mit einer nachhaltigen Familienpolitik, die gegenüber den Lebensentwürfen der jungen Genera-

tion genauso neutral sein muss wie gegenüber den Lebensentwürfen der gegenwärtigen Erwachsenen generation, nicht nur hinnehmen müssen, sondern sogar fördern und unterstützen. Denn eine Wissensgesellschaft lebt davon, dass die jungen Erwachsenen sich in unterschiedlichen und vielfältigen beruflichen Bereichen ausprobieren. Daher wird es in einer solchen Gesellschaft auch immer einen höheren Anteil an Kinderlosigkeit geben als in der Industriegesellschaft mit einem geringeren Qualifikationsniveau und weniger Zukunftsoptionen als in einer Wissensgesellschaft. Die zunehmend längere insbesondere ökonomische Abhängigkeit der nachwachsenden Generation von ihren Eltern – und der damit verbundene Verzicht auf Partnerschaft als einer eigenen Zukunftsoption mit Kindern – ist aber Ergebnis der Tatsache, dass der Staat die ökonomischen Kosten für die Expansion des Humankapitals im Wesentlichen auf die Eltern abgewälzt hat. Hier gibt es nicht nur politischen Handlungsbedarf, sondern auch klar ausdifferenzierte politische Handlungsstrategien aus anderen europäischen Ländern. Diese beruhen wesentlich darauf, jungen Erwachsenen, die sich noch in der Ausbildung befinden, direkt durch den Staat und nicht über die Eltern zu unterstützen, wenn sich diese jungen Erwachsenen für eine eigene Familie mit Kindern entscheiden. Dahinter steht die klare Einsicht, dass die Entscheidung für Kinder erst dann getroffen wird, wenn man sich von der Herkunftsfamilie gelöst hat, um eine eigene Familie zu gründen.

Nachhaltige Familienpolitik. Zukunftssicherung durch einen Dreiklang von Zeitpolitik, finanzieller Transferpolitik und Infrastrukturpolitik. Gutachten von Prof. Dr. Hans Bertram, hg. v. BMFSFJ, Mai 2005, S. 45 f.



Arbeitsaufträge

- A** Erläutern Sie die Bezeichnung „Rushhour“.
- B** Zeigen Sie auf, inwiefern das „Rushhour“-Phänomen familienpolitischen Handlungsbedarf erzeugt.
- C** Diskutieren Sie die von Bertram kurz skizzierte Handlungsstrategie.